

Informationen zum Datenschutz im Rahmen der digitalen Meldung Fundsache (Fund- oder Verlustanzeige) gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Nachfolgend finden Sie die Datenschutzhinweise zur Nutzung der Antragsplattform der Stadt Idar-Oberstein für die Meldung einer Fund- oder Verlustsache.

Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen der Einverständniserklärung (Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 a DSGVO) zur Bearbeitung der Fund- oder Verlustanzeige online erfasst und verarbeitet.

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Stadtverwaltung Idar-Oberstein
Georg-Maus-Straße 1
55743 Idar-Oberstein
Tel.: 06781 / 64-0
E-Mail: [stadtverwaltung\(at\)idar-oberstein.de](mailto:stadtverwaltung(at)idar-oberstein.de)

2. Datenschutzbeauftragte/r (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Stadtverwaltung Idar-Oberstein
Datenschutz
Georg-Maus-Straße 1
55743 Idar-Oberstein
Tel.: 06781 / 64-1121
E-Mail: [datenschutz\(at\)idar-oberstein.de](mailto:datenschutz(at)idar-oberstein.de)

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c. DSGVO)

Ihre Daten werden auf Grundlage Ihrer Einwilligung gemäß Artikel 6 Abs. 1 lit. a DSGVO zur Nutzung der Antragsplattform verarbeitet. Ihre Daten werden ausschließlich für die Bearbeitung Ihres Anliegens (Fund- oder Verlustanzeige) verwendet.

Für die Nutzung der Antragsplattform kann ein Nutzerkonto zur Identifizierung und Authentifizierung verwendet werden. Dabei werden die in Ihrem Konto hinterlegten Daten verarbeitet. Das Nutzerkonto „bundID“ wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat zur Verfügung gestellt. Näheres entnehmen Sie bitte der Datenschutzerklärung des Bundesministeriums unter <https://id.bund.de/de/datasecurity>.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Antragsplattform auch ohne ein Nutzerkonto genutzt werden kann.

Die Rechtsgrundlage der Anzeigepflicht des Finders ergibt sich aus § 965 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) – Anzeigepflicht des Finders.

Folgende Daten werden nach Kategorie verarbeitet:

Allgemeine Informationen der antragstellenden Person:

- Name und Vorname, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer

Anliegenbezogene Informationen:

Fundanzeige

- Angaben zum gefundenen Gegenstand, Fundort, ggf. sonstige Informationen, die die anzeigende Person übermitteln möchte
- Abfrage Ja/Nein: Antrag Finderlohn, Recht zum Erwerb des Eigentums, Datenweitergabe an den Verlierer der Fundsache

Verlustanzeige

- Angaben zum verlorenen Gegenstand, Verlustdaten, ggf. sonstige Informationen, die die anzeigende Person übermitteln möchte

4. Empfänger (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Intern

- Innerhalb des Ordnungsamtes erfolgt die Sachbearbeitung im Bereich Fundbüro.

Extern

- Von der Stadt eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen, Logistik- und Druckdienstleistungen, die Ihre Daten weisungsgebunden für uns verarbeiten.

- Bei der Fundanzeige: Datenweitergabe des Finders an den Verlierer der Fundsache, wenn dies gewünscht wird (Einwilligung)

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO)

Es erfolgt keine Datenübermittlung an ein Drittland.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies für die Aufgabenerfüllung der Sachbearbeitung erforderlich ist oder ggf. darüber hinaus eine Verpflichtung zur Aufbewahrung besteht (gesetzliche Aufbewahrungsfristen). Auf der Antragsplattform sind die Daten 30 Tage hinterlegt.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b DSGVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. DSGVO noch

nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, dass die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 2 lit. d DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Die Kontaktdaten sind:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz

Tel.: 06131 / 89200

E-Mail: [poststelle\(at\)datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle(at)datenschutz.rlp.de)